

(Nr. 665.) Desgleichen 55 Druckeremplare einer Petition des Stadtgemeinderathes zu Altenberg u. um Verlängerung der bereits bestehende beziehungsweise projektierten Bahnlinien von Berggießhübel, Liebstadt u. bis zur Landesgrenze und Errichtung eines Grenzbahnhofes in Borderzinnwald.

(Nr. 666.) Desgleichen 55 Druckeremplare einer Petition des Gemeindevorstandes Grinum in Lichtenanne und Genossen um Errichtung einer Apotheke in Lichtenanne.

Präsident: Beide Nummern zu vertheilen.

(Nr. 667.) Petition des Komitees für Erbauung einer Eisenbahn von Einsiedel über Dittersdorf u. nach Schönfeld-Annaberg um Erbauung dieser Eisenbahn.

Präsident: An die zweite Deputation.

(Nr. 668.) Die Direktion des Königl. Meteorologischen Institutes zu Chemnitz übersendet 5 Exemplare einer Abhandlung über die Einwirkung des Waldes auf Witterung und Klima.

Präsident: Zu verlesen.

(Geschicht.)

Die Bücher werden ausgelegt und Dank wird zum Protokoll ausgesprochen.

Wir gehen über zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung: „Antrag zum mündlichen Berichte der zweiten Deputation über Kap. 27 und 28 des Staatshaushaltsetats für die Finanzperiode 1900/01, auf den Staatskassen ruhende Jahresrenten und Ablösung der dem Domänenetat nicht angehörigen Lasten, sowie Abfindungszahlungen bei Rechtsstreitigkeiten betreffend (Drucksache Nr. 18.) und allgemeine Debatte zum Staatshaushaltsetat für die Finanzperiode 1900/01.“

(Vergl. M. II. R. S. 185 flg.)

Ich ersuche Herrn Kammerherrn Sahrer von Sahr, seinen Vortrag aufzunehmen.

Berichterstatter Kammerherr Sahrer von Sahr: Zu den Kap. 27 und 28 des Staatshaushaltsetats für 1900/01 ist nichts zu bemerken. Es handelt sich um auf den Staatskassen ruhende Jahresrenten und Ablösung der dem Domänenetat nicht angehörigen Lasten, sowie Abfindungszahlungen bei Rechtsstreitigkeiten. Die sämtlichen Positionen sind unverändert wie im Voretat eingestellt und die Deputation beantragt,

„bei Kap. 27, auf den Staatskassen ruhende Jahresrenten, nach der Vorlage die Ausgaben mit 407,413 M. zu bewilligen“,

ferner

„bei Kap. 28, Ablösung der dem Domänenetat nicht angehörigen Lasten, sowie Abfindungszahlungen bei Rechtsstreitigkeiten, nach der Vorlage die Ausgaben mit 5000 M. zu bewilligen.“

Präsident: Meine Herren! Es ist das die erste Position des ordentlichen Budgets. Wir haben die Gepflogenheit, bei dieser Gelegenheit in eine allgemeine Debatte einzutreten. Ich eröffne daher diese Debatte und ertheile Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Georg das Wort.

Königl. Hoheit Prinz Georg: Meine Herren! Die zweite Deputation hat bei Beginn dieses Landtages ebenso wie bei früheren Landtagen die Etatsvorlage einer vorläufigen und allgemeinen Besprechung unterzogen und ist dabei zu dem Beschlusse gekommen, ihre Haltung in der jetzt bevorstehenden Berathung zu ändern. Während es früher den einzelnen Mitgliedern vorbehalten blieb, ihre Ansichten, ihre Wünsche, ihre Beschwerden zum Etat im allgemeinen wie zu den einzelnen Punkten zum Ausdruck zu bringen, hat sich jetzt die Deputation entschlossen, als solche an die Kammer mit einer Erklärung in Bezug auf die Etatsverhältnisse heranzutreten und damit diese Berathung einzuleiten. Diese Erklärung, meine Herren, hat lediglich den Zweck, die Gesichtspunkte darzulegen, von welchen die Deputation bei Prüfung des Etats sich leiten lassen wird. Sie hat geglaubt, diesmal und zu diesem Etat es thun zu müssen, weil dieser Etat nach ihrer Ansicht wenigstens zu einigen Bedenken Anlaß giebt und sie sich gleich im voraus eine feste Basis sichern wollte, ehe sie in die Begutachtung des Etats eintritt. Die beste Basis für die Deputation wäre allerdings, wenn die hohe Kammer sich entschloße, uns beizutreten.

Ich habe den Herrn Präsidenten zu ersuchen, die Kammer zu fragen, ob ich die Erklärung vorlesen darf. Es liegt mir daran, den Wortlaut ganz genau zu geben.

Präsident: Ich frage die Kammer, ob sie es genehmigt? — Einstimmig.

Königl. Hoheit Prinz Georg: Die Erklärung lautet:

„Die zweite Deputation hat aus Anlaß der Berathung des ersten ihr zur Berichterstattung überwiesenen Titels des Staatshaushaltsetats Veranlassung genommen, diesen Etat einer allgemeinen Besprechung zu unterziehen. Sie ist hierbei zu der Ueberzeugung gekommen, daß das Anwachsen der geforderten Bewilligungen in einem ungünstigen Verhältnisse steht zu der Zunahme der Staatseinnahmen und daß, da dieses ungünstige Verhältniß bereits seit mehreren Etatsperioden in steigendem Maße zu beobachten ist, bei Beschlußfassung über die Ausgaben, insbesondere über das außerordentliche Budget, besondere Vorsicht geboten erscheint. Die Deputation wird daher diese Ausgabe-positionen mit besonderer Sorgfalt daraufhin prüfen, ob und inwieweit eine gänzliche oder theilweise Ver- tagung der Aufwendung einzelner größerer Summen